

PORTRÄT

Baden-Powell:
Der Vater aller
Pfadfinder

Von Wolfgang Zaunbauer

■ Als Robert Baden-Powell im Februar 1907 die Pfadfinder ins Leben rief, hätte sich der damals 50-Jährige wohl nicht träumen lassen, dass diese Bewegung hundert Jahre später mehr als 38 Millionen Mitglieder zählen würde.

Nach dem vergeblichen Versuch, zur Universität Oxford zugelassen zu werden, entschied sich Baden-Powell für eine militärische Laufbahn. Diese führte ihn 1876 nach Indien, wo er sich besonders dem Spurenlesen und der Kartographie widmete. Diese Fähigkeiten setzte er unter anderem im Zweiten Burenkrieg ab 1899 ein, aus dem er als Generalmajor und Kriegsheld heimkehrte.

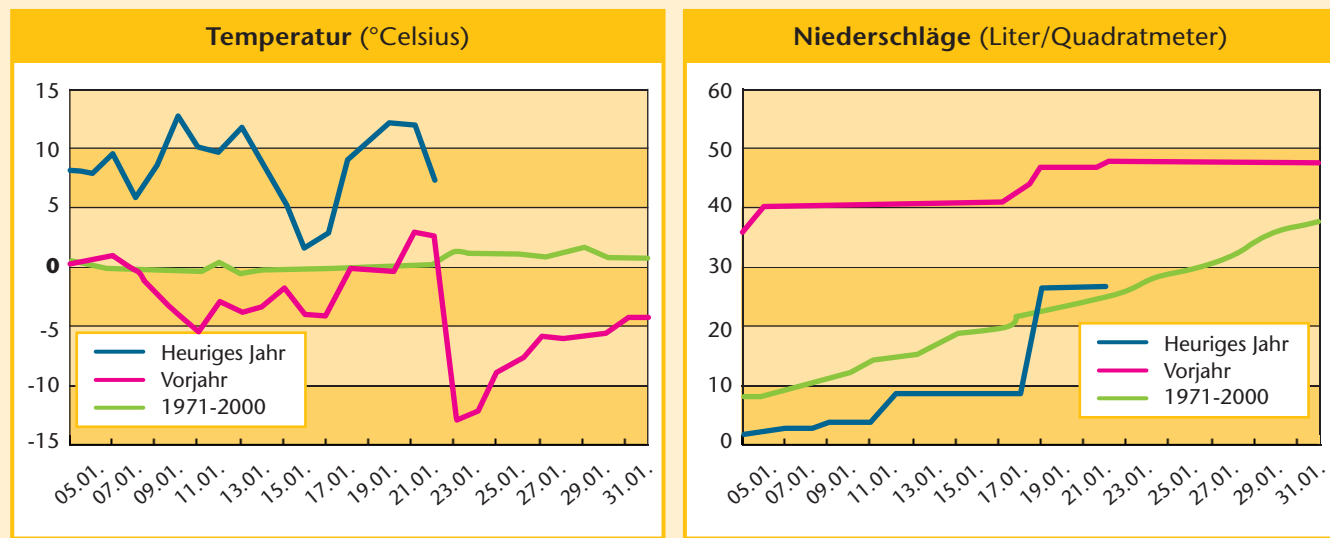
Zurück in England stellte er fest, dass entsprechend seinem militärischen Handbuch „Aids to Scouting“ im ganzen Land „Pfadfinder“ gespielt wurde. Daraus entwickelte er ein auf Verantwortungsbewusstsein und Ehrlichkeit basierendes Jugendziehungskonzept nach dem Prinzip „Learning by doing“. Als Baden-Powell 1941 starb, hinterließ er den Pfadfindern ihren wohl wichtigsten Grundsatz: „Versucht, die Welt ein bisschen besser zurückzulassen, als Ihr sie vorgefunden habt.“ ■



Robert Baden-Powell.

Foto: David Jagger

Das Jännerwetter in Wien



Quelle: ZAMG; Grafik: P. Aufner

WIENER ZEITUNG

Mit viel Verspätung scheint der Winter nun doch noch eingekehrt zu sein. Nachdem der Dezember und der Jänner bislang zu warm und zu trocken waren, bleibt es in dieser Woche kalt und nass. Auch der Herbst war außer-

gewöhnlich: Zwischen September und November lagen die Temperaturen 1,5 bis 2,5 Grad über dem langjährigen Durchschnitt. Zwischen 1900 und 1999 stieg in Wien das Jahresmittel übrigens von 9 auf 10,5 Grad.

Auch für die ÖVP gilt am Ende:
Wie sagt man es den eigenen Leuten?

Von Walter Hämmerle

■ Die ÖVP hat sich also entschlossen, die Schuld für ihre Niederlage nicht beim politischen Gegner und dessen unfaire Wahlkampfstil zu suchen, auch nicht bei den ach so bösen Medien - und glücklicherweise auch nicht bei den Wählern, die möglicherweise einfach noch nicht reif für die bessere Botschaft der nunmehrigen Ex-Kanzlerpartei gewesen sein könnten. Glücklicherweise deshalb, weil wenn es eine absolute Wahrheit in der ansonsten fast alles relativierenden Demokratie gibt, dann die, dass der Wähler, der Souverän, immer das letzte Wort hat.

Künftig soll also nach den Wünschen Josef Prölls, dem Leiter der ÖVP-Perspektivengruppe, und von Parteichef Wilhelm Molterer tabulos über alles diskutiert werden,

um die Volkspartei wieder an den gesellschaftspolitischen Puls der Zeit heranzuführen. Wie schnell man diese doch aus den Augen verlieren kann! Immerhin ist es noch kaum fünf Jahre her, als sich die ÖVP noch der Themen der Zukunft sicher wähnte - nachzulesen in den Unterlagen des längst wieder eingeschlafenen Alpbach-Prozesses aus den ersten Jahren des neuen Jahrtausends. Nun geht es darum, die Distanz zwischen Parteidenken und sozialer Realität wettzumachen.

Mit Spott über das Schicksal der Schwarzen sollten sich die politischen Mitbewerber allerdings zurückhalten: So landete die SPÖ in den immerhin auch nicht gänzlich unwesentlichen Fragen der Finanzierbarkeit sozialer Wunschvorstellungen erst in den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP

wieder auf dem harten Boden der Wirklichkeit. Die roten Kompetenzteams, die Parteichef Alfred Gusenbauer im Vorwahlkampf geschickt zur inhaltlichen Unterstützung in Szene setzte, blieben von dieser Bodenhaftung jedenfalls bis zuletzt verschont. Und Ähnliches gilt wohl auch für alle anderen Parteien im Parlament.

Parteien sind in der Demokratie jedoch mehr als bloße Spiegelbilder der sozialen Realität. Im Idealfall tragen sie ein Bild vom idealen Zusammenleben in sich, an dessen Realisierung sie sich im politischen Alltag abarbeiten. Das Scheitern gehört hier zwingend dazu, immerhin trifft Traum auf Wirklichkeit - und letztere hat sich noch stets als hartnäckiger erwiesen. Aufhören zu träumen kann jedoch auch keine Lösung sein, sonst könnten wir die Politik gleich in die Hän-

de von Technokraten legen und Wahlen als überflüssig abschaffen.

Der Weg, den die ÖVP beschreitet, ist nicht ohne Risiko: Bleibt sie bei ihrem konservativen Familienbild, droht ihr der liberale Rand ihres Wählerspektrums vor allem zu den Grünen wegzubrechen. Auf der anderen Seite wartet die FPÖ nur darauf, heimatlosen Konservativen eine neue Heimat anzubieten. Der Versuch, beide Gruppen gleichzeitig zu bedienen, beinhaltet das Risiko, keine der beiden zu behalten. Rational wäre es also, sich auf die zahlenmäßig größere zu konzentrieren - und das sind wohl die Liberalen. Aber in der Politik ist solche Vernunft schwer vermittelbar. Auch Molterer und Pröll werden sich am Ende die Frage stellen müssen: Wie sage ich es meinen Funktionären? ■

PRESSESTIMMEN

■ Meinungen

„Hat der ausgebootete Horst Seehofer in dem bajuwarischen Erbfolgestreit noch eine Chance, Erwin Huber den Parteivorsitz streitig zu machen? Hat er nicht. Der Bund, den Günther Beckstein als künftiger Ministerpräsident und sein ehemaliger Rivale Huber geschmiedet haben, ist unauflösbar. Auch die Beliebtheit, die der Medienstar Seehofer bei der CSU-Basis genießt, wird ihm nichts mehr nützen.“

„Westdeutsche Zeitung“ (Düsseldorf) zum Führungsstreit in der CSU

„Die Zugewinne der Partei von Präsident Tadic - einer besonders europäisch ausgerichteten Kraft - sind geringer ausgefallen als erwartet. Dennoch bieten sie Gelegenheit, Serbien aus der internationalen Isolierung herauszuhelfen. Das Wahlergebnis wird von Brüssel zu Recht als Unterstützung für eine EU-orientierte Politik begrüßt.“

„Financial Times“ (London) zu den Wahlen in Serbien

„Fast 30 Prozent der Bevölkerung sind einfach nicht bereit, einen Teil ihres Territoriums im Austausch gegen nebulöse Versprechungen aus Brüssel aufzugeben. Viele Serben sind zudem dagegen, Verbrecher an den Gerichtshof in Den Haag auszuliefern.“

„Sowjetskaja Belorussija“ (Minsk) zum selben Thema

„Der Ausgang der Wahlen hat eines nicht vermocht: Er hat Serbien keinen klaren Weg in Richtung Europa vorgegeben. Das Ergebnis dürfte vielmehr dafür sorgen, dass das Land und die gesamte Region ungewissen Zeiten entgegen sehen, und dass es zu erneuten Spannungen kommen wird.“

„Gulf News“ (Dubai) zum selben Thema

An der Universität in Cluj-Napoca wollten Lektoren ungarischsprachige Tafeln - und wurden gekündigt.

Vor ein paar Jahren noch waren sie weit und breit nicht zu sehen. Mittlerweile säumen sie die Straße von der ungarischen Grenze östlich von Debrecen in die rumänische Stadt Cluj-Napoca: zweisprachige Ortstafeln. Auf Rumänisch und Ungarisch kündigen sie Orte Siebenbürgens an, die jahrhundertlang von Rumänen, Ungarn und Deutschen bewohnt waren. In der Zeit hat Transsilvanien viele Herrscher kennengelernt: Daker, Goten und Hunnen. Fast tausend Jahre lang gehörte das Gebiet zur ungarischen Krone; und es war Teil der Habsburger-Monarchie. Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde

■ Grenzgänge

Ungarisch als Entlassungsgrund?

Siebenbürgen endgültig Rumänien zugesprochen, und die Phase der ungarischen Autonomie war bald vorbei.

Die Wechselwirkung lässt sich allein an der Geschichte einer Inschrift in Cluj-Napoca (ungarisch: Kolozsvár, deutsch: Klausenburg) ablesen. Das vor mehr als hundert Jahren errichtete Reiterstandbild des Königs Matthias Corvinus war zunächst mit „Matyas Corvin“ beschriftet. Nach dem Anschluss Siebenbürgens an Rumänien 1918 trug es die Sockelinschrift „Matei Corvin“, als das Gebiet im Zweiten Weltkrieg wieder zu Ungarn kam, wurde die alte Tafel angebracht. Die Kommunisten machten „Mathias Rex“ daraus, und nach 1989 wurde wieder die rumänische Inschrift installiert.

Die Zeiten der Zwangsru-

mänisierung sind aber vorbei. Rumänien ist jetzt Mitglied der Europäischen Union, stellt den EU-Kommissar für Mehrsprachigkeit, bekennt sich zum Schutz der Minderheitenrechte - zumindest auf dem Papier. Die Babes-Bolyai-Universität in Cluj-Napoca bietet Unterricht in Rumänisch, Ungarisch und Deutsch an. Sie wirbt mit ihrem „multikulturellen Profil“.

Just an dieser Universität sind zwei Lektoren entlassen worden, und das nur, weil sie ungarischsprachige Schilder in der Hochschule anbringen wollten. Der Physiker Peter Hantz und der Mathematiker Lehel Kovacs pochten darauf, dass in die Tat umgesetzt wird, wofür sich die Hochschule rühmt. Immerhin habe der Rektor

bereits beschlossen, mehrsprachige Tafeln anzubringen, erklärt Hantz. Später habe das nicht mehr gegolten; und als Hantz eigenhändig Schilder befestigte, rissen sie Sicherheitsleute sofort runter.

Die Universität leitete ein Disziplinarverfahren ein, eine Ethikkommission befasste sich mit dem Fall. Sie empfahl die Entlassung der beiden Lektoren. Der Senat der Universität - ein Gremium, in dem Dutzende Lehrende vertreten sind - folgte der Empfehlung, mit nur neun Gegenstimmen.

Den Vorwurf, ethnische Gründe waren für die Kündigung ausschlaggebend, weist die Sprecherin der Babes-Bolyai-Universität strikt zurück. „Es ging um das Verhalten der Lektoren“, sagt Cristina Nistor. Hantz

hätte mit seiner Aktion Chaos verursacht und den Lehrbetrieb gestört. Zur Anbringung von Tafeln am Gebäude sei er außerdem nicht berechtigt gewesen. Und bei dem Beschluss zur Anbringung mehrsprachiger Schilder handelte es sich nicht um eine Entscheidung sondern einen Plan.

Der Physiker sieht das anders. Seine Entlassung sei politisch motiviert: Die Regierung in Bukarest wolle das Ungarische zu Gunsten des Rumänischen verdrängen. Dabei sind etwa 1,5 Millionen von den rund 22 Millionen Menschen, die in Rumänien leben, Ungarn. Ungarische Schulen gibt es, aber eine staatliche ungarische Universität nicht.

Peter Hantz will weiterhin für eine ungarische



Hochschule kämpfen. So eine gab es in Cluj-Napoca bis 1959; danach wurde die Janos-Bolyai-Universität mit der Victor-Babes-Universität zwangsvereint.

Mit seinem Fall will der entlassene Lektor nicht nur das rumänische Bildungsministerium befragen sondern auch den Europarat und das Europäische Parlament. Diese sollen mehr Druck auf Rumänien machen, die Rechte von Minderheiten anzuerkennen. Ein Autonomiestatus - wie etwa in Südtirol - wäre wünschenswert. „Warum hat die EU aus den Erfahrungen in Südtirol oder im Baskenland nicht gelernt?“ fragt Hantz. ■

Von Martyna Czarnowska